



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.11.2025 Rheinische Post Düsseldorf: Atommülltransporte verzögern sich	4
27.11.2025 Mannheimer Morgen Stadtausgabe: Noch mehr beschädigte Fässer	6
26.11.2025 Braunschweiger-Zeitung.de: Endlager für Atommüll: Die lange Suche schwächt ganz Deutschland	8
26.11.2025 rp-online: Mehr Zeit dank Strahlenschutzkonzept: Sorgfalt vor Schnelligkeit bei Castortransporten	10

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Atommülltransporte verzögern sich

Eigentlich sollten die Castorbehälter noch in diesem November rollen. Doch die Erstellung eines Strahlenschutzkonzeptes dauert länger als geplant. Und auch Gerichte befassen sich nach wie vor mit dem Thema.

Von Maximilian Plück, Christian Schwerdtfeger und Sina Zehrfeld

Düsseldorf Das NRW-Innenministerium ist Bedenken entgegengetreten, dass es kurzfristig zu einem Castortransport von Jülich nach Ahaus kommen könnte. Ein Sprecher erklärte, die Kreispolizeibehörde Münster sehe „die Umsetzung einer durch eine externe Fachfirma erstellten Strahlenschutzkonzeption unter besonderer Berücksichtigung gesundheitlicher sowie arbeitsschutzrechtlicher Aspekte beziehungsweise Vorgaben für die Transporte vor“. Dabei würden die örtlichen und landesweiten Personalvertretungen eingebunden. „Erst wenn die polizeilichen Anforderungen an die Sicherheit der Transporte allseits erfüllt sind – hierzu gehört auch das ganzheitlich abgestimmte Strahlenschutzkonzept – kann eine konkrete Terminierung und Vorbereitung der Transporte erfolgen.“ Ein Sprecher der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (Jen) erklärte auf Anfrage, Details zu den möglichen Transportterminen würden als Verschlusssache eingestuft.

Der BUND NRW versucht immer noch, die Transporte gerichtlich zu stoppen. Am 18. November habe man eine sogenannte Zwischenverfügung beantragt, erklärte Geschäftsleiter Dirk Jansen. Dadurch will die Umweltorganisation erreichen, dass die Transporte nicht starten, ehe das Gericht über die Transportgenehmigung entschieden hat. Jansen kritisierte die vielen Schwärzungen in den Verfahrensunterlagen. Dadurch könnten wesentliche Dinge überhaupt nicht geprüft und bewertet werden. „Wir haben deshalb auch beantragt, die Schwärzungen der von der Genehmigung umfassten Beförderungstrecken auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen

und uns die im Ergebnis dessen freizugebenden Unterlagen zur Einsichtnahme zukommen zu lassen.“ Jansen kritisiert die Geheimhaltung als sinnfrei, da der Transport von 152 Castor-Behältern sowieso nicht unbemerkt ablaufen werde.

Das beklagte Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) habe wiederum wegen der vielen angesprochenen Themen eine Fristverlängerung bis zum 3. Dezember beantragt. Dem habe das Gericht entsprochen. Gleichzeitig habe das Gericht das beigeladene Transportunternehmen Orano gebeten, ausdrücklich zuzusichern, dass kein Transport vor einer gerichtlichen Entscheidung erfolgen werde, sagte Jansen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sei eine solche Zusicherung aber noch nicht eingegangen. Der BUND bleibt bei der Auffassung, dass keine Eilbedürftigkeit bestehe, die 152 Castoren nach Ahaus zu bringen. Ein sofortiges Vollziehungsinteresse an der Transportgenehmigung habe nicht plausibel dargelegt werden können. „Insofern sind wir optimistisch, dass unser Antrag stattgegeben wird“, so Jansen. Er könne und wolle sich zudem nicht vorstellen, dass die Castortransporte im Advent auf die Autobahn geschickt würden. „Auf jeden Fall ist es definitiv besser, die zur Sicherung der Transporte notwendigen Polizeikräfte zum Schutz unserer Weihnachtsmärkte einzusetzen, als sie für sinnfreie Atommülltransporte zu binden.“

Die Landeschefin der Grünen, Yazgü Zeybek, hatte jüngst die Hoffnung geäußert, dass es größere Proteste gegen die Castortransporte geben werde. Dazu sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion: „Natürlich können die Leute protestieren.

Aber sie müssen sich an Recht und Gesetz halten.“ Wenn Gewalt angewendet werde oder der Transport und damit Menschen gefährdet würden, sei Schluss. „Je vernünftiger sich die Protestierenden verhalten, desto weniger Polizisten müssen wir einsetzen.“ Im Notfall werde man auch auf Kräfte aus anderen Bundesländern zugreifen, „Vorgewarnt sind alle“, sagte Reul. Er hoffe, es werde nicht so wie bei Gorleben: „Manchmal braucht es ja nur einen Funken, der überspringt, und dann kommen Leute aus aller Welt und das Gewaltpotenzial wächst.“

Mit Blick auf die drohenden zusätzlichen Überstunden auch aufgrund der Castortransporte sagte der Minister, er könne das bei Großereignissen nicht ändern. „Allerdings möchte ich grundsätzlich an dem Aufwachsen der Überstunden etwas ändern, und dabei setze ich auf die Führungskräfte. Bereitschaftspolizisten aus den Hundertschaften, die am Wochenende im Einsatz waren, müssen unter der Woche häufiger freibekommen.“

40 Millionen Euro reine Transportkosten

Transportkosten Nach Planung der Jen rund 40 Millionen Euro – nicht einberechnet sind die Kosten der polizeilichen Begleitung.

Betrieb Für das Behälterlager in Jülich fallen jährlich knapp zehn Millionen Euro an. „Diese Kosten entfallen, sobald der letzte Behälter das Zwischenlager verlassen hat“, sagte ein Jen-Sprecher.

Wörter:	537	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Maximilian Plück, Christian Schwerdtfeger	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	3	Auflage ¹ :	48.144 (gedruckt) 54.081 (verkauft) 55.444 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,19517 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Weblink: <https://rp-online.de/139607495>

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Noch mehr beschädigte Fässer

Atomenergie: Im ehemaligen Kernkraftwerk Biblis sind an verschiedenen Stellen weitere beschädigte Behälter entdeckt worden.

Rund ein Jahr nach der Entdeckung eines korrodierten Fasses im Zwischenlager des Kernkraftwerks Biblis ist die Ursachenforschung für die Ursache der Durchrostung immer noch nicht geklärt. Dies bestätigte eine Sprecherin der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) auf Anfrage. In dem 400-Liter-Fass lagern schwach- und mittelradioaktiv belastete Abfälle aus dem früheren Leistungsbetrieb des Kernkraftwerks Biblis, also Werkzeuge, Kleidung, Filter und sonstige Verbrauchsmaterialien. Das Fass war 1980 verpackt worden. Da das Fass mit Beton ausgegossen wurde, gehe von ihm keinerlei Gefahr aus. „Der Austritt einer Flüssigkeit war somit nicht möglich“, bestätigt auch die Atomaufsicht des Landes Hessen, die beim Landwirtschaftsministerium angesiedelt ist. Unterdessen ist am 14. November dieses Jahres ein weiteres korrodiertes Fass entdeckt worden. Dieses Fass steht in Block B des ehemaligen Kernkraftwerksbereichs, also in einem besonders geschützten Kontrollbereich, in dem offene Strahlenbelastung zulässig ist. Auch hier läuft die Ursachenforschung für die Leckage noch.

In dem neu entdeckten Fass wurden ebenfalls strahlenbelastete Abfälle aus dem Kraftwerksbetrieb wie Werkzeuge, Arbeitskleidung und Filter verpackt und seit 2002 aufbewahrt. Allerdings ist das Fass bereits derart durchgerostet, dass Flüssigkeit ausgetreten ist und ein anderes, darunter stehendes Fass kontaminiert wurde. Die ausgetretene Flüssigkeit ist bereits eingetrocknet, wie Kraftwerksbetreiberin RWE Nuclear und das Landwirtschaftsministerium meldeten. Die Fässer müssen nun in sogenannte Überfässer verpackt werden.

Restfeuchtigkeit als Ursache für den Rostfraß?

Vermutet werde, dass eine Restfeuchte in dem Fass das Stahlblech habe korrodieren lassen, sagte ein Kraftwerks-sprecher. Aber abschließend untersucht ist auch dieser Rostfraß nicht. „Das Ereignis sowie die seitens des Betreibers vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Wiederholung werden durch die atomrechtliche Aufsicht und ihren zugezogenen Sachverständigen geprüft und bewertet“, heißt es dazu aus dem zuständigen Ministerium in Wiesbaden. Laut Atomaufsicht gibt es keine weiteren rostigen Fässer dort. In den sogenannten Positionslagern der beiden ehemaligen Kraftwerksblöcke stehen jeweils 30 Fässer. Diese Fässer seien 2024 und 2025 überprüft worden.

Unterdessen laufen auch die Kontrollen auf weitere beschädigte Fässer in den beiden Abfallzwischenlagern auf dem ehemaligen Kraftwerksgelände, die sich in dafür eigenes errichteten Lagerhallen befinden. Es handelt sich aber nicht um das Brennelemente-Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle aus dem Kraftwerksbetrieb. Die Untersuchung aller 653 Fässer unterschiedlicher Größen sei noch nicht abgeschlossen, sagte die BGZ-Sprecherin. Allerdings haben die Kontrolleure zwischenzeitlich drei weitere Fässer entdeckt, die beschädigt sind. Es handle sich um 200-Liter-Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen. Die Schäden seien bereits im März entdeckt worden. Zwei Fässer weisen nach BGZ-Informationen kleine Risse auf, bei einem dritten Fass war ein kleines Loch entdeckt worden. „Die Beschädigungen stammen aus Handhabungen und wurden unverzüglich abgedichtet“, so die Stellungnahme der BGZ. Die Fässer seien

aus dem Zwischenlager in die Rückbauanlage des ehemaligen Kraftwerks transportiert worden.

Keine radioaktive Strahlung freigesetzt

Aber auch diese Schäden hätten keine sicherheitstechnische Relevanz: „Eine Freisetzung radioaktiver Stoffe kann in jedem Fall sicher ausgeschlossen werden“, betont das BGZ. Wenn die umfassende Inspektion aller Fässer in beiden Abfallzwischenlagern abgeschlossen sei, werde die BGZ eine Bilanz veröffentlichen.

Der Fund des ersten Rostfasses im November 2024 im Abfallzwischenlager hat die BGZ und Atomaufsicht indessen offenbar zu einem gründlicheren Kontrollverfahren veranlasst: „Im Rahmen des Fundes im Abfallzwischenlager Biblis 1 erfolgt, zusätzlich zu den Kontrollen gemäß des Gebindeinspektionskonzepts, eine Kontrolle aller dort eingelagerten Stahlblechfässer.“ Demnach finden sowohl Sichtkontrollen der zugänglichen Oberfläche als auch Kontrollen der gesamten Oberfläche statt. Hierfür werde das Fass bewegt, sodass es von allen Seiten begutachtet werden könne, auch den Fassboden.

Diese Kontrolle ist keine Kleinigkeit, stehen die Fässer doch aufgestapelt und dicht beieinander. Da sie alle mit Beton ausgegossen sind, ist schon die Bewegung keine Kleinigkeit. Bei 653 Fässern nimmt diese Kontrolle eine geraume Zeit in Anspruch.

Damit sind insgesamt sechs Stahlblechfässer – aus unterschiedlichen Gründen – beschädigt worden. Die Atomaufsicht denkt indessen nicht über eine Veränderung der Materialien nach.

„Stahlblechfässer stellen in Verbindung mit regelmäßigen Überprüfungen weiterhin geeignete Gebinde zur Zwischenlagerung für schwach- und mittelradioaktive Abfälle dar“, so das Ministerium. Für eine Endlagerung in Schacht Konrad müssen die Abfälle ohnehin

umgepackt werden. Dafür sind nach Angaben der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) verschiedene Behälter entwickelt und zugelassen worden. Wann die Zwischenlager indessen geräumt und der Müll in Schacht Konrad eingelagert werden kann, steht noch

nicht fest. Der Termin der Fertigstellung wurde mehrfach verschoben. Derzeit plant die BGE mit 2029 als Jahr der Fertigstellung. Allerdings gibt es noch Klagen von BUND und Nabu gegen das Endlager in Schacht Konrad.

Wörter:	712	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	Bernhard Zinke	Auflage ¹ :	24.827 (gedruckt)
Seite:	17 bis 17		31.178 (verkauft)
Ressort:	Metropolregion		31.499 (verbreitet)
Rubrik:	Mannheimer Morgen	Reichweite ² :	0,11802 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Abbildung: So stehen die Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Müll im Abfallzwischenlager Biblis. Bild: BGZ

Endlagersuche

Endlager für Atommüll: Die lange Suche schwächt ganz Deutschland

Die Bundesregierung muss zügig entscheiden, wo ein Endlager für Atommüll entstehen soll, findet Katharina Franz vom Harz Kurier.

Katharina Franz

Die langwierige Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager schwächt Deutschland - und zwar politisch und finanziell. Noch dazu macht es die Bundesrepublik angreifbar. Denn die radioaktiven Abfälle sind da. Sie befinden sich in Zwischenlagern - und die könnten Angreifer sabotieren.

Wohin mit dem Atommüll? Die Frage ist nicht von gestern

Deutschland sucht ein unterirdisches Endlager für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Müll. Und das nicht erst seit gestern. Die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde im Juli 2016 gegründet. Nach dem im November 2025 veröffentlichten Arbeitsstand steht noch ein Viertel Deutschlands im Fokus der Endlagersuche. - darunter auch zwei Flächen im Harz.

Damit ist man durchaus vorangekommen: Im Jahr 2020 hatte die BGE Gebiete veröffentlicht, die sie auf ihre Eignung untersuchen wollte. Diese mach-

ten mehr als die Hälfte der Bundesrepublik aus.

Endlagersuche: Warum alles für umsonst sein könnte

Doch man ist noch weit davon entfernt, einen Endlagerstandort zu beschließen. Das im Standortauswahlgesetz von 2017 gesetzte Zieljahr ist 2031. Das wird definitiv nicht eingehalten. Der Harzer Geologe Doktor Friedhart Knolle geht davon aus, dass der Bundestag die Entscheidung in den 2040er-Jahren trifft. Weniger optimistische Prognosen befürchten, dass sich der Prozess noch viel länger hinziehen könnte, einem Gutachten des Ökoinstituts zufolge bis ins Jahr 2074 - und dann muss das Endlager auch noch gebaut werden.

Die Journalistin Ann-Kathrin Büüsker vom Deutschlandfunk warnt in der Folge „Atommüll-Endlager: Die Suche, die nie endet“ des 11-KM-Tagesschau-Podcasts davor, dass künftige Regierungen sich möglicherweise gar nicht mehr an die Planungen ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger gebunden fühlen - sodass ein unterirdisches Endlager für

hochradioaktive Abfälle nie umgesetzt wird.

Der langwierige Prozess schwächt das Vertrauen in die Demokratie

Das kostet im besten Fall einfach nur viel Geld, das man für Planungen und Untersuchungen ausgibt. Im schlimmsten Fall wecken der langwierige Prozess und die mögliche Inkonsequenz Zweifel an der Effizienz des politischen Systems - und schwächen somit die Demokratie. Deswegen sollte die jetzige Regierung schnell eine Entscheidung treffen. Auch wenn das bedeutet, dass man nicht den Standort mit der „bestmöglichen“ Sicherheit wählt, sondern einfach nur einen geeigneten.

Noch mehr Storys, Tipps und Hintergründe gibt's auf [harzkurier.de](#).

Unsere Newsletter direkt ins Postfach:

HK Kompakt informiert montags bis freitags immer **kurz & knapp**, während „Die dunklen Seiten des Harzes“ **spannende Geschichten** am Samstagmorgen liefert. Hier kostenlos für die Newsletter anmelden!

Wörter: 404
Autor/-in: Katharina Franz
Ressort: Online
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 214.974
Unique Users (UUpD)²: 20.000

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/harz/article410545144/endlager-fuer-atommuell-die-lange-suche-schwaecht-ganz-deutschland.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



rp-online

Mehr Zeit dank Strahlenschutzkonzept: Sorgfalt vor Schnelligkeit bei Castortransporten

26. November 2025 20:00 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Meinung | Düsseldorf · Erst wenn das Sicherheitskonzept der Kreispolizeibehörde Münster steht, darf überhaupt ein Transport mit radioaktivem Abfall nach Ahaus geschafft werden. Warum es gut ist, dass der Vollzug jetzt ausgebremst wird. Von Maximilian Plück Leiter Redaktion Landespolitik

Im Forschungszentrum lagern noch die Castor-Behälter mit den 300.000 Brennelementen. Es ist den Bürgern mit gesundem Menschenverstand kaum zu erklären, warum die Castoren in Jülich nun jahrelang trotz fehlender Betriebserlaubnis lagern konnten, sich aber plötzlich die Ereignisse überschlagen. Nun können die Transporte den Verantwortlichen offenbar gar nicht schnell genug gehen. 152 Castoren mit rund 300.000 Brennelementen sollen in den kommenden zwei Jahren ins münsterländische Ahaus gebracht werden. Natürlich haben Gerichtsentscheidungen und die Transportgenehmigung der Bundesbehörde **BASE** die Karten neu gemischt. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es noch ein laufendes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin gibt, dessen Entscheidung dem Vernehmen nach unmittelbar bevorsteht. Die Transporte werden von einem massiven Aufgebot der Polizei begleitet werden müssen. Es geht dabei nicht nur um aufgebrauchte **Atomkraftgegner**, deren Kalkül es nicht nur ist, maximale Aufmerksamkeit zu erregen, sondern auch, die Transporte so teuer und damit für die Verantwortlichen so unattraktiv wie möglich zu machen. Denn, so die Überlegung der Kernenergie-Kritiker, dann kann kein politischer Entscheidungsträger auf die Idee einer Renaissance der **Atomkraft** kommen. Transporte gelten überdies als mögliches Angriffsziel für Terroristen oder „fremde Mächte“, die schon jetzt für zahlreiche Sabotageakte verantwortlich zeichnen. Insofern ist es gut und richtig, dass das zuständige Polizeipräsidium hier Sorgfalt vor Schnelligkeit walten lässt. Dadurch bekommt das Land mehr Zeit. Einerseits, um sich anderen dringlichen Aufgaben – wie dem Schutz der zahlreichen Weihnachtsmärkte landauf, landab – zu widmen. Außerdem wird schon im Dezember die Gerichtsentscheidung aus Berlin erwartet. Bevor die nicht da ist, dürfen Orano und die **Jen** keine Fakten schaffen.